

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

19.4.1849 (No. 92)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 19. April.

N. 92.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Karlsruhe, 18. April.

Ihre Königl. Hoheit die verwitwete Großherzogin Stephanie von Baden ist heute Abend nach Mannheim zurückgekehrt.

Karlsruhe, 18. April.

Das heute mit dem gestrigen Datum erschienene Regierungsblatt Nr. 23 verkündigt die Gesetze über die Einrichtung und den Geschäftskreis der Verwaltungsbehörden, so wie über die Aufhebung einiger Paragraphen des Pressegesetzes vom Jahr 1831. Ferner enthält dasselbe eine Bekanntmachung des Justizministeriums, Namensänderung des Handelsmanns Emil Eisenlohr zu Lahr (in Trampler-Eisenlohr) betreffend, und Verfügungen des Ministeriums des Innern über die Vornahme von Ersatzwahlen zur zweiten Kammer der Ständeversammlung in dem 7. Städte-Wahlbezirk (Stadt Baden), in dem 12. Städte-Wahlbezirk (Stadt Mannheim), in dem 21. Aemter-Wahlbezirk (Gengenbach und Dierkirch), und in dem 35. Aemter-Wahlbezirk (Ladenburg und Weinheim).

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 16. April. Ein Theil der österreichischen Abgeordneten, welche heute ihren Austritt anzeigten, hat die Beweggründe dieses Schrittes in nachstehendem Schreiben an den Präsidenten auseinandergesetzt:

An den Präsidenten der deutschen Nationalversammlung.
In Erwägung, daß der am 27. März d. J. von der deutschen Nationalversammlung auf Einführung der erblichen Kaiserwürde in Deutschland und Uebertragung derselben an einen seiner regierenden Fürsten gefasste Beschluß Deutschland mit unheilvoller Spaltung bedrohe; — in Erwägung, daß das Mandat der Nationalversammlung nur auf die Verfassung selbst, nicht auf die Wahl einer Kaiserdynastie gerichtet sey, und in Erwägung, daß der rasche Beschluß über das Reichsoberhaupt den eigenen Beschluß der Nationalversammlung, über das Verhältnis Österreichs zu Deutschland mit unserer Regierung zu unterhandeln, aufhebe, — haben wir unterzeichnete Abgeordnete aus Österreich, gemäß unserer am 28. März d. J. eingeleiteten Verwahrung, uns nicht für befähigt erachtet, an der Wahl eines erblichen Kaisers von Deutschland Theil zu nehmen, und jede Verantwortung der Folgen jenes Beschlusses und dieser Wahl von uns abgelehnt.

Wenn wir hiernach noch in der Nationalversammlung verblieben, geschähe es in der Erwartung, daß der Versuch, die Würde eines erblichen Kaisers von Deutschland an den hierzu gewählten König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., zu übertragen, misslingen, und Dieses die Nationalversammlung zu einer dem Wohle des gesammten Deutschlands entsprechenden Aenderung des Beschlusses führen werde, welcher um jener Wahl willen gefaßt worden war.

Nachdem aber die Nationalversammlung über den Bericht ihrer nach Berlin entsendeten Deputation am 11. April d. J. an der von ihr in zweiter Lesung beschlossenen und verkündigten deutschen Reichsverfassung, somit auch an den in selbe aufgenommenen, dem Beschluß vom 27. März d. J. gemäßen Bestimmungen über das Reichsoberhaupt unwandelbar festgehalten, eierlich erklärt, und zur Vorberatung der zur Durchführung dieser feierlichen Erklärung nöthigen Maßregeln die Niederlegung eines Ausschusses verfügt hat, so sind wir außer Stande, mit der Nationalversammlung in dieser Richtung weiter zu gehen, und an deren ferneren Beratungen und Beschlüssen mitzuwirken. Demzufolge und in Uebereinstimmung mit unserer Regierung, welche, gleichfalls unsere fernere Theilnahme an der Versammlung als unschicklich erkennend, uns mit Beschluß vom 5. April zur Rückkehr auffordert, erklären wir hienit unseren Austritt aus der deutschen Nationalversammlung.

Frankfurt a. M., den 13. April 1849.

v. Mühlisch, Egger, Herz, Abgeordnete für Wien; v. Neuwall für Brünn; Graf Deym für Hohenelbe in Böhmen; Dr. Bauer für Bodeu in Oesterreich unter der Enz; Schuler für den Unter-Donau-Wahlbezirk (Znojmo); v. Kaiserfeld für Graf in Steyermark; Höschmann für Sternberg in Böhmen; Dr. Benedict für Spittal in Kärnten; Dr. Quasar für Leoben in Steyermark; Hügel aus Komneuburg; Mally aus Marburg in Steyermark; Schulheim für Judenburg in Steyermark; Knarr aus Hartberg in Steyermark; Span für Tyrol; Achleitner für Kied im Jännerthale; Reindl aus Oth in Oberösterreich; Dr. Neubauer für Feldbach in Steyermark; v. Payden für Kirchdorf; Graf v. Coronini-Cronberg für Görz; Weda Weber von Meran; Göbel für Jägerndorf in Mähren.

Frankfurt, 17. April. Die Sitzung beginnt wieder mit Austrittsanzeigen von österreichischen und andern Abgeordneten. Wenn ein Schiff sinken will, schwimmen die Ratten davon.

Tagesordnung: 1) Bericht des Ausschusses über die Wahl der H. H. Hecker und Peter zu Thiengen und Konstanz. Welch ein zeitgemäßes Geschäft! Man weiß, daß Beide längst fort sind, daß Hecker Europa, Peter wenigstens Frankfurt und den Reichstag verlassen hat.

Der Vizepräsident verliest eine von mehreren badischen Mitgliedern unterschriebene Erklärung, welche die vom Ausschusse beantragte Ermächtigung zur Verhaftung Peter's befreit.

Christ aus Bruchsal, einer der Unterzeichner, verlangt

das Wort, und sucht im Einklang mit obiger Erklärung zu zeigen, daß kein Grund, gegen Peter gerichtlich einzuschreiten, vorgelegen habe, denn Peter sey zur Annahme der Statthalterstelle von den Freischärlern gezwungen worden.

Auf Christ folgt Brentano, welcher versichert, daß weder seine Partei noch Peter selbst eine Unterbrechung der bereits wider Peter eingeleiteten Untersuchung wünsche. Denn gleichwie das neulich in Freiburg zusammenberufene Geschworenengericht einen Hauptführer der Bewegung des vorigen Jahres, Struwe, freigesprochen habe, so würden die zuständigen Richter ohne Zweifel auch die auf Peter lastende ungerechte Anklage niederschlagen. Allein er (Brentano) müsse hier im Angesicht Deutschlands aussprechen, daß zu der Anklage gegen Peter nicht der geringste rechtliche Grund vorhanden gewesen sey, und daß der Ausschuss dieser Reichsversammlung nicht den Gesetzen gemäß gehandelt habe, als er die Ermächtigung zur Verhaftung Peter's zu gewähren anrieth. Peter werde nur wegen seiner Tugend, wegen seiner Liebe zur Freiheit, wegen der großen von ihm der Volksache geleisteten Dienste durch die badische Regierung verfolgt, während einer der Hauptschutzbüden am Aufbruch des vorigen Jahres, der Wirth Weishaar, frei herumlaufe.

Da weitere Redner nicht eingeschrieben sind, erteilt der Vizepräsident dem Abg. Zacharia aus Göttingen das Wort, um als Obmann des Ausschusses für Legitimationen den Antrag auf Genehmigung des begeherten Verhaftungsfehls zu verteidigen. Zacharia, gegen die Vorrede der Standpunkte des gesunden Menschenverstandes festhaltend, verweist auf die bekannte Lage der Thatsachen.

Wirth aus Sigmaringen verlangt namentliche Abstimmung über den Ausschusshantrag; dieses Verlangen wird jedoch später zurückgenommen.

Sofort erhebt sich die Mehrheit des Hauses für den Vorschlag, daß Peter zwar in Untersuchung gezogen, aber nicht verhaftet werden dürfe. (Lauter Beifall.)

Uebergang zum zweiten Gegenstande heutiger Tagesordnung, d. h. zur Verathung der in Betreff des Verhältnisses von Deutschland zu Dänemark eingegangenen Petitionen und Entschädigungsklagen.

Emarck aus Holstein und nach ihm Vater Jahn bestreiten die Rednerbühne. Letzterer rüth, Kaperbriefe auszustellen und alle möglichen Mittel zu ergreifen, die irgend den Dänen Abbruch zu thun geeignet seyen. Zugleich beklagt er die armen Schiffer der deutschen Nord- und Ostsee, welche durch die Raubereien der Dänen im vorigen Jahre Hab und Gut verloren haben.

Gevefolt aus Bremen spricht im Sinne des Marineauschusses gegen die Austheilung von Kaperbriefen. In gleichem Sinne läßt sich Wedekind aus Hannover vernehmen.

Werk aus Hamburg zieht den Schleier herunter, der bisher noch auf der Sachlage ruhte. Meine Herren, ruft er aus, unsere Marine ist ein leeres Wort; die gestern erst angestellten Seemannsbesatzungen haben keine Erfahrung; hüten Sie sich, durch Ausstellung von Kaperbriefen die ganze, so bedeutende deutsche Handelsflotte den dänischen Kriegsschiffen preiszugeben.

Mayer aus Bremen, der gleichfalls auf dem Meere etwas zu verlieren hat, warnt wie Werk und Gevefolt vor ernstlichen Kriegsmassregeln.

Fallati, Mitglied des Reichsministeriums, erklärt, daß dieses Ministerium, falls man die dänische Frage seinem Ermessen überlasse, sich nicht berechtigt glaube, Kaperbriefe auszustellen; denn abgesehen davon, daß eine solche Maßregel unserer Schiffsahrt Gefahr bringen müßte, sey dieselbe an sich abscheulich und einer fortgeschrittenen Zivilisation unwürdig.

Man schreitet zur Abstimmung; dem Antrage des Marineauschusses über geht die dänische Frage zur Tagesordnung übergegangen, außerdem aber beschlossen, Jütland solle besetzt und die dortige Bevölkerung angehalten werden, den etwa von dänischen Schiffen dem deutschen Seehandel zugefügten Schaden durch Kontributionen zu decken.

Noch stimmt das Haus dem Antrage bei, die auf Entschädigung eingegangenen Klagen deutscher Rheeder dem Reichsministerium zu überweisen und dasselbe aufzufordern, daß es vollständigen Ersatz zu erwirken suche.

Nächste Sitzung am Donnerstag, und zwar abermals, um leeres Stroh zu dreschen. Schluß der heutigen Sitzung um halb 12 Uhr.

Zur Kaiserfrage.

Ueber die Konferenz vom 14. April haben wir bereits in Nr. 90 unseres Blattes den Bericht der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung mitgetheilt, welche namentlich den Vortrag des Hrn. v. Gagern wörtlich gab. Aus dem inzwischen vollständig erschienenen Abdruck der Konferenzverhandlungen tragen wir die abgegebenen Erklärungen der Bevollmächtigten für Oesterreich, Bayern, Sachsen, Württemberg, und Baden nunmehr ebenfalls wörtlich nach, wie folgt:

*) Hat denn Dänemark die Absicht ausgedrückt, die deutschen Handelschiffe unbedeutend zu lassen, falls man keine Kaperbriefe gegen Dänemark ausbe?

v. Schmerling: Die Reichsversammlung steht bekanntlich in keinerlei amtlichen Beziehungen zu den deutschen Regierungen; diese Beziehungen sind vielmehr, wie Dies auch stets geschehen ist, durch die provisorische Zentralgewalt für Deutschland zu vermitteln. Da nun vom Reichsministerium heute erst die von der Reichsversammlung bezüglich der deutschen Verfassung und der Wahl eines Oberhauptes gefassten Beschlüsse den Bevollmächtigten der Regierungen amtlich mitgetheilt wurden, so erlaube ich mir im Namen meiner Regierung zugleich mit dem Ausdrucke des Dankes für diese Mittheilung zu bemerken, daß dieselbe erst von heute an die genannten Beschlüsse als zu ihrer Kenntniß gelangt wird betrachten müssen. Ich bin sonach ohne spezielle Instruktion über den Inhalt dieser Beschlüsse; übrigens hat die k. k. Regierung stets und bei jeder Gelegenheit ihr Verhalten auf dem Grundsätze der Vereinbarung rücksichtlich des endgültigen Zustandekommens einer Verfassung für Deutschland ausgesprochen, und muß ich derselben in dieser Beziehung auch heute wieder alles Weitere vorbehalten.

v. Kyalander: Im Hinblick auf die im Auftrage der k. Regierung am 16. und 28. Februar d. J. dem Reichsministerium übergebenen Erklärungen bezüglich der von der Reichsversammlung in erster Lesung beschlossenen Reichsverfassung muß ich hinsichtlich der heute erfolgten Mittheilung, insofern es sich dabei um Zustimmung oder Wollziehung handeln sollte, der k. Regierung alle ihre Rechte und weitere Aeußerung vorbehalten.

Kohlschütter: Ich habe mich für heute auf die Bemerkung zu beschränken, daß ich die Mittheilung, welche der Dr. Präsident des Reichs-Ministerrathes uns zu machen die Güte hatte, dankbar entgegennehme, und mich beifügen werde, sie zur Kenntniß der k. sächsischen Regierung zu bringen, der ich übrigens jede darauf nach Befinden abzugebende Erklärung ausdrücklich vorbehalte. Die beiden fürstlich schwarzburgischen Regierungen werden ihre Erklärungen zunächst an den k. preussischen Bevollmächtigten, in Erwiderung der Zirkulardepeche vom 3. d. M., gelangen lassen.

v. Sternenfels: Ich habe von meiner Regierung noch keine nähere Instruktion über eine in der Verfassungsfrage abzugebende Erklärung erhalten, kann mich daher für jetzt nur darauf beschränken, die von dem Reichsministerium erfolgte Mittheilung mit Dank entgegen zu nehmen. Da übrigens meine Regierung, wie bekannt, stets an dem Grundsatz festgehalten hat, sich den Beschlüssen der Reichsversammlung unbedingt anzuschließen, so zweifle ich nicht, daß sie in Uebereinstimmung hienit auch in gegenwärtigem Augenblicke thun wird, was die Lage des Vaterlandes erheischt.

Welder: Indem ich gleichfalls den Dank für die so eben vernommene Mittheilung des Reichsministeriums auszusprechen mich beehre, bin ich, zu meiner größten Befriedigung, im Stande, im Namen der badischen Regierung hier zu erklären, daß dieselbe der Verfassung und der Wahl des Reichsoberhauptes, wie solche in den Beschlüssen der Reichsversammlung vom 27. und 28. v. M. vorliegen, zugestimmt, und diese Zustimmung, in Erwiderung der Zirkularnote Preussens vom 3. d. M., bereits dorthin mit folgenden Worten ausgesprochen hat. (Folgt die bereits mitgetheilte badische Note.)

Die Erstürmung der Düppeler Schanzen.

Hannover, 15. April. (S. 3.) Auszug aus den Berichten des Generalmajors Wynken.

Uderup, 13. April, Morgens 9 Uhr.
Der Oberbefehlshaber der Armee hatte auf heute Morgens früh eine Rekognoszirung gegen die stark verschanzten Düppeler Höhen befohlen. Es sollte damit der Versuch verbunden werden, diese Stellung durch Ueberraschung des Feindes zu nehmen.

Zu dem Ende sollte die k. bayrische Brigade auf der südlichen auf Sonderburg führenden Straße vor Tagesanbruch gegen die Höhen vorgehen. Die k. sächsische Brigade sollte den Angriff auf der nördlichen Straße unterstützen, und die k. hannoverschen Truppen sollten als Reserve in Bereitschaft seyn.

Der Befehl ward pünktlich ausgeführt, und das Unternehmen gelang vollkommen.

Die Bayern waren 1 1/2 Uhr Morgens von Düppel aufgebrochen. Sie überraschten die dänischen Schildwachen, rannten sie mit dem Bajonett nieder, und setzten sich, ohne namhaften Widerstand zu finden, in den Besitz der südlichen Verschanzungen. Erst jenseits der Höhen stießen sie auf größere Infanterieabtheilungen, die sie in den dicht am Ufer vor Sonderburg liegenden Brückenkopf trieben.

Die Sachsen rückten, dem Befehl gemäß, etwas später vor. Als sie feindliche Infanterie, welche wieder aus dem Brückenkopf debouchirt war, angriffen, eröffneten — etwa um 4 1/2 Uhr — die Allener Strandbatterien ein sehr heftiges Kanonenschuß, an welchem später auch einige Kanonendöte Theil nahmen. Die bayrische und sächsische Artillerie fuhr dagegen auf.

Ungeachtet des heftigen Geschüßes rückte die sächsische Infanterie muthig vor und trieb die Dänen, welche verschiedentlich wieder vorzudringen versuchten, fortwährend zurück.

Um 6 Uhr waren die verschanzten Höhen vollständig in dem Besitze der deutschen Truppen und die Dänen lediglich auf den Brückenkopf beschränkt.

Auf diese Weise haben die Dänen eine durch ihre Lage und Stärke ungemein wichtige Stellung verloren, welche sie mit großer Anstrengung und vielem Zeitaufwande verschanzt hatten.

Von der hannoverschen Brigade waren nur die ersten Bataillone des 2. und 3. Regiments und die dritte Fußbatterie, ohne an dem Gefechte Theil zu nehmen, als Reserve bei Oster-Snabed und Uderup ausgerückt. Die übrigen Truppen waren zum Ausrücken bereit.

Der Verlust der deutschen Truppen ist noch nicht genau bekannt; er ist im Vergleich zu dem Erfolg nicht bedeutend.

Einem ausführlichen Bericht in der Deutschen Reform entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Die Bayern zogen, ungefähr 5000 Mann stark, von Snogbed, Satrup, und Stenderup, die Sachsen unter Anführung ihres Prinzen Albert, etwa 6000 Mann, von Agbüll, Lundgard, und Nübel herbei, und einigten sich in der Gegend von Radebüll, von wo aus sie die Doppelter Schanzen in Sicht bekamen und ihre Schlachtordnung entwickelten. Den rechten Flügel bildeten die Sachsen, den linken Flügel die Bayern, das Zentrum wurde von der vereinten Artillerie aus 6 Batterien, von einem Regimente bayrischer Kavallerie gedeckt, gebildet.

Ungefähr um 8 Uhr Morgens begann der Sturm; mehr als 30 deutsche Geschütze von verschiedenem Kaliber eröffneten den Kampf, und die Dänen antworteten mit ihren 36 Kanonen, mit welchen sie, da sie die Kartätschen gegen die offen vor ihnen entwickelten bayrischen und sächsischen Kolonnen weit wirksamer anwenden konnten, als die Unfern gegen die hinter den hohen Schanzen versteckten Feinde, Anfangs großen Schaden anrichteten. Doch die wackeren deutschen Truppen standen fest wie Mauern im stärksten Feuer, und mit wahrhaft begeistertem Hurrahruf begrüßten sie das Kommando zum Sturm. Nun entwickelte sich der Bajonettsangriff: die Trommeln wirbelten, die Hörner tönten, die Kanonen donnerten, und jauchzend, als ob es zum fröhlichsten Feste ging, stürmten die wackeren Bayern und Sachsen mit dem Bajonett gegen die Schanzen. Wohl Viele wurden von den Kartätschen und vom Kleingewehrfeuer noch hingerafft; aber ob sich auch Leichenberge um sie her bildeten, um so wüthender drangen die Deutschen vor.

Endlich hatten sie die Schanzen erreicht; es entspann sich ein Kampf, Mann gegen Mann, Auge in Auge, und nach kurzem Widerstande wichen die Dänen, alle ihre Kanonen im Stiche lassend, flohen unaufhaltsam die Landstraße hinab nach der Schiffbrücke, um die Hiobspost ihrer Niederlage nach Alsen zu bringen, während die schwarz-roth-goldene Fahne hoch auf den eroberten Schanzen wehte. Um Mittag war der Sieg vollständig errungen.

Die Artillerie wurde sogleich beordert, dem stehenden Feinde nachzurücken, und den Brückenkopf zu zerstören. Auch Dies gelang über alles Erwarten, trotz der verzweifeltsten Gegenwehr, und gegen Abend waren sämmtliche am diesseitigen Ufer aufgeworfene Schanzen zerstört und ein Theil der Brücke vernichtet, so daß es wohl schwerlich den Dänen so bald wieder gelingen dürfte, aus ihrem Schlupfwinkel hervorzubringen und Sundewitt auf diesem Wege zu beunruhigen.

Dieser zweite vollständige Sieg, welcher leider viele Opfer gekostet, — man soll von Seiten der Unsrigen 1000, von Seiten der Dänen 3000 Tode und eine große Menge Verwundete und Gefangene verloren haben, — hat den Beweis geliefert, daß der alte deutsche Heldenmuth noch lebt, und wird sicher ein entscheidender Schritt zu einem ehrenvollen Frieden für Schleswig-Holstein werden. Deutschland hat seinen Ruhm und seine Macht bewahrt!

Deutschland.

Karlsruhe, 16. April. (Schluß der 168. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Voritze des Präsidenten Mittermaier.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung (Nachmittags 4 Uhr) wurde die Verathung über das Budget des Justizministeriums, und zwar zunächst über Titel IV, Bezirksjustiz, fortgesetzt.

Da nach den früheren Beschlüssen des Landtages den Bezirksgerichten (Kreisgerichten) auch eine bedeutende Zuständigkeit in bürgerlichen Rechtsstreitsachen übertragen worden, so berechnete die Regierung, daß eine einfache Besetzung der nach ihrem jetzigen Vorschlage zu errichtenden 11 Bezirksgerichte mit je einem Präsidenten, 3 Richtern (worunter zwei Bezirksassessoren), dem Untersuchungsrichter, seinem Substituten (einem Assessor), und einem Staatsanwalt nicht mehr genüge. Sie verlangte daher für die fünf größten Bezirke, Freiburg, Offenburg, Rastatt, Durlach, und Heidelberg, eine größere Zahl von Richtern und Assessoren, und zwar für Rastatt und Offenburg je zwei, für die drei übrigen aber drei weitere Richter (oder Assessoren), so wie für alle fünf je einen Substituten des Staatsanwaltes. Hiernach wären bei den Bezirksgerichten nothwendig:

43 Richter (32 Bezirksrichter mit Einschluß der Präsidenten und 11 Untersuchungsrichter) je zu 1600 fl. im Durchschnitte, macht	86,800 fl.
39 Assessoren (25 bei den Bezirksgerichten und 14 bei den Untersuchungsgerichten) durchschnittlich zu 1000 fl.	39,000 fl.
11 Staatsanwälte je zu 2000 fl.	22,000 fl.
5 Substituten zu 1000 fl.	5,000 fl.
Zulage für 11 Präsidenten zu 600 fl.	6,600 fl.
	141,400 fl.

Bei den 64 Amtsgerichten: 67 Amtsrichter (da in Freiburg, Karlsruhe, und Heidelberg zwei an-

gestellt werden sollen) zu 1600 fl.	107,200 fl.
30 Assessoren (da nicht zu jedem Amtsgericht ein Assessor kommt) zu 1000 fl.	30,000 fl.
	137,200 fl.

nebst 25 Praktikanten zu 500 fl.

Als die Siege der Bezirksgerichte sind bezeichnet:

- 1) Ueberlingen mit den Amtsgerichten Ueberlingen, Weersburg, Weilingen, Rößlich, Stodach, Konstanz, und Adolphzell — 107,222 Seelen.
- 2) Billingen mit den Amtsgerichten Billingen, Neustadt, Hüfingen, und Tryberg — 85,017 Seelen.
- 3) Waldshut mit den Amtsgerichten Waldshut, Ebingen, Säckingen, Bonndorf, und Stühlingen — 79,467 Seelen.
- 4) Müllheim mit den Amtsgerichten Müllheim, Schönan, Schopfheim, Lörsch, und Staufen — 108,474 Seelen.
- 5) Freiburg mit den Amtsgerichten Freiburg, Breisach, Baldkirch, Emmendingen, Kenzingen, und Ettenheim — 160,513 Seelen.
- 6) Offenburg mit den Amtsgerichten Offenburg, Lahr, Wolfach, Haslach, Gengenbach, Rheinbischofsheim, und Oberkirch — 147,824 Seelen.
- 7) Rastatt mit den Amtsgerichten Rastatt, Achern, Bühl, Baden, Gernsbach, und Ettlingen — 132,045 Seelen.
- 8) Durlach mit den Amtsgerichten Durlach, Karlsruhe, Pforzheim, Bruchsal, Philippsburg, Bretten, und Eppingen — 195,174 Seelen.
- 9) Heidelberg mit den Amtsgerichten Heidelberg, Mannheim, Wiesloch, Schwetzingen, Neckargemünd, und Weinheim — 146,244 Seelen.
- 10) Mosbach mit den Amtsgerichten Mosbach, Eisingen, Neckarbischofsheim, Eberbach, Krautheim, und Aelsheim — 103,905 Seelen.
- 11) Wertheim mit den Amtsgerichten Wertheim, Buchen, Gerlachshausen, Tauberbischofsheim, und Baldern — 83,793 Seelen.

Die Budgetkommission war jedoch der Ansicht, daß die Verstärkung der fünf größeren Bezirksgerichte, wie solche von der Regierung vorgeschlagen worden, nicht zweckmäßig sey, sondern daß es dem Interesse des Landes in vielfacher Beziehung mehr entspreche, diesen jedenfalls nöthigen Mehraufwand dazu zu verwenden, das ganze Land in mehr Gerichtsbezirke einzutheilen und jeden Bezirk nur mit einem Senate zu besetzen.

Nur über die Zahl der hienach noch nöthigen Gerichtsbezirke konnte sich die Kommission nicht einigen.

Der Berichterstatter und mit ihm eine Minderheit von vier Mitgliedern stimmte dafür, daß die Errichtung von 14 Bezirksgerichten von je 100,000 Einwohnern am zweckmäßigsten sey, und brachte als weitere Gerichtssitze Lahr, Bruchsal, und Mannheim in Vorschlag.

Die Majorität der Kommission glaubte, daß 13 genügen, sonach Mannheim wegfallen solle, während eine andere Minorität 12 Gerichtsbezirke für hinreichend erachtete, und nebst Bruchsal Ettlingen statt Durlach als Gerichtssitz in Vorschlag brachte.

Was die von der Regierung geforderten Besoldungen betrifft, so ist auch hiemit die Kommission nicht einverstanden, sondern will für die Bezirks- und Untersuchungsrichter statt 1600 fl. nur 1400 fl., für die Bezirksassessoren statt 1000 fl. nur 900 fl., und eben so viel für die Substituten der bei einer Besoldung von 2000 fl. belassenen Staatsanwälte, endlich als Zulagen der Präsidenten statt 600 fl. nur 500 fl. bewilligen. Die Amtsrichter aber sollen statt 1600 fl. nur 1500 fl., und die Assessoren 900 fl. an Besoldung erhalten.

Bei der hierüber eröffneten Diskussion wird durch die Staatsräthe Vell und v. Stengel, so wie durch Geh. Referendar Jungmann die Regierungsvorlage in ausführlichen Vorträgen vertheidigt, und insbesondere auch auf die bedeutende Kostenvermehrung, welche durch Vermehrung der Zahl der Bezirksgerichte herbeigeführt werde, aufmerksam gemacht; auch nachgewiesen, daß eine durch die Budgetkommission beantragte Herabsetzung der Besoldungen den Leistungen, welche man von den Richtern erwarte, nicht entspreche.

Im Falle man die größeren Städte, insbesondere Karlsruhe und Mannheim, welche keine Bezirksgerichte erhalten, dafür entschädigen wollte, wäre es vielleicht angemessen, in solchen Zivilsenate zu errichten, welche die in denselben vorkommenden Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden, die weitem Zivil- und Kriminalfachen aber den Bezirksgerichten zu überlassen hätten, zumal da in den Städten, die zum Siege der letzteren bestimmt sind, schon die erforderlichen Gebäude hergestellt worden.

Vissing begründet und stellt den Antrag: Die Kammer wolle die Summe, wie sie von der Budgetkommission für die Bezirksjustiz beantragt ist, mit Aussetzung der Diskussion darüber, in welche Städte Bezirksgerichte kommen sollen, bewilligen; dabei aber die Regierung ermächtigen, sofern nicht gegen das Interesse des ganzen Landes verstoßen werde, die vorgeschlagenen 11 Bezirksgerichte auf 12 bis 13 auszubehnen.

Dieser Antrag wurde von Baum, Weller, Dennig, und Andern bekämpft und somit der Städtekrieg eröffnet.

Baum verlangt in ausführlichem Vortrage 14 Bezirksgerichte, und insbesondere ein solches nach Lahr, wo die Gebäulichkeiten schon vorhanden, daher nur noch zu akquiriren seyen. Weller bricht in feuriger Rede für Mannheim eine Lanze, und nimmt eventuell den Regierungsvorschlag, einen Zivilsenat in jene Stadt zu verlegen, auf. Prestinari bezieht sich auf Das, was er in der letzten Sitzung zu Gunsten Bruchsal gesprochen, und begnügt sich mit einigen allgemeinen Erklärungen. Stöffer unterstützt Weller's eventuellen Antrag, und Buhl wünscht so wenig Bezirksgerichte wie möglich. Mez ist mit 14 Gerichten einverstanden, wenn sie nicht mehr als deren 12 kosten. Zentner erklärt sich gegen die Errichtung besonderer Zivilsenate, und Malisch nimmt Karlsruhe in Schutz.

Vor der Abstimmung nimmt Vissing, in Betracht, daß eine Diskussion über die Bezirksgerichts-Sage, welche er durch seinen Antrag umgehen wollte, dennoch stattgefunden, denselben zurück, und es wird sofort Baum's Antrag auf

Errichtung von 14 Bezirksgerichten verworfen, eben so jener der Majorität der Budgetkommission auf 13 Gerichte, und festgesetzt, daß zu den durch die Regierung beantragten 11 Bezirksgerichten noch ein zwölftes zu Bruchsal errichtet werden solle.

Der Antrag Weller's auf Einführung von Zivilsenaten wird ebenfalls verworfen, dagegen bestimmt, daß die zwei noch übrigen Hofgerichte (Obergerichte) ihren Sitz in Freiburg und Mannheim haben sollen.

Die Budgetkommission wird sonach über die nach den so eben gefaßten Beschlüssen zu bewirkende Einteilung der Gerichtsbezirke in nächster Sitzung Bericht erstatten.

Von einem weitem hieher bezüglichen Antrage der Budgetkommission, besagend: für die Gerichtsbezirke die nöthige Richterzahl nach dem Verhältniß von 15- bis 16,000 Seelen zu bewilligen, wird nach längern Debatten zwischen Staatsrath v. Stengel, Geh. Referendar Jungmann, und den Abgg. Schaaff, Schey, Dennig, Buhl, Stöffer, Prestinari, und Weller Umgang genommen, und zur Erledigung einiger hieher gehörigen Petitionen übergegangen.

Eine solche aus Karlsruhe wünscht die Verlegung des Bezirksgerichtes von Durlach hieher. Malisch beantragt empfehlende Ueberweisung an das großh. Staatsministerium, Jittel spricht sich dagegen aus, und die Kammer geht nach einigen durch Schaaff veranlaßten Erörterungen zur Tagesordnung über.

Tauberbischofsheim, Vorberg u. verlangen die Verlegung des Bezirksgerichtes von Wertheim in erstgenannte Stadt. Hildebrand beantragt in ausführlichem Vortrage empfehlende Ueberweisung; Schmitt verlangt den Uebergang zur Tagesordnung; letzterer wird beschloffen.

In Bezug auf die von der Budgetkommission in Vorschlag gebrachte Besoldungsverminderung der Bezirksrichter stellt Prestinari den Antrag, die Besoldung der Bezirks- und Untersuchungsrichter auf 1500 fl. und die Zulagen der Präsidenten auf 600 fl. festzusetzen, damit letztere doch wenigstens dem Staatsanwalte gleichgestellt seyen.

Nach längern Debatten zwischen den Regierungskommissären und den Abgg. Buhl, Blankenhorn, Zentner, und dem Berichterstatter Weller wird Prestinari's Antrag in Bezug auf die Bezirks- und Untersuchungsrichter verworfen, in Bezug auf die Zulagen der Präsidenten aber angenommen und die Sitzung (Nachts 9 Uhr) geschlossen.

Kenzingen, 12. April. (N. Fr. J.) Heute war hier die Wahl des Abgeordneten zur Zweiten Kammer der Stände an die Stelle des ausgetretenen Abg. Kiefer. Fünfunddreißig Wahlmänner, d. h. zwei Drittel, waren zur Wahl bereit; siebenzehn haben schriftlich erklärt, nicht wählen zu wollen; zwei sind nicht erschienen. Wir wollen über das Nichtwählen aus dem rechtlichen und sittlichen Standpunkte Nichts weiter sagen; allein auf das Unkonstitutionelle, die offenbare Lücke im Wahlgesetz wollen wir aufmerksam machen, welche es einer Minderheit in die Hände legt, eine Mehrheit an Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu hindern.

Das Wahlgesetz sagt nämlich im §. 67, daß, um eine Wahl gültig vornehmen zu können, wenigstens drei Viertel der Wahlmänner anwesend seyn müssen. Der §. 69 erklärt zwar die ausgeschiedenen Wahlmänner zum Ersatz der Kosten der Wahl-Tagfahrt für verbunden. Allein dieses Mittel ist nicht immer genügend, weil diese Kosten von den Urwählern leicht wieder ersetzt werden können. Es sollte daher auf andere Weise für gesetzliche Abhilfe gesorgt werden, und auf diese müssen wir im Interesse des Landes hoffen, damit keiner unserer Mitbürger in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte weiter gestört werde.

Stuttgart, 17. April. In der Bürgerversammlung, welche für morgen, auf den Antrag der beiden hiesigen politischen Vereine, vom Stadtrath und Bürgerausschuß einberufen ist, wird folgende Erklärung beantragt werden:

- Die Versammlung erklärt,
- 1) an der von der Nationalversammlung beschlossenen und veränderten Reichsverfassung mit dem Reichs-Wahlgesetz als einem untrennbaren Ganzen unverbürdlich festzuhalten.
 - 2) Sie erwartet, daß alle Fürsten sowohl als Volkstämme Deutschlands sich derselben rückhaltlos unterwerfen, sie ins Leben führen und aufrecht erhalten.
 - 3) Sie beugt insbesondere zu unserer Regierung das Vertrauen, daß sie, treu ihrer wiederholt gegebenen Zusage, die Anerkennung der Reichsverfassung aussprechen, und mit aller Festigkeit für ihre schnelle Ausführung wirken werde.

Von Beschlüssen der Ministerraths-Sitzung, welche gestern hier stattfand, ist noch Nichts bekannt. Im Publikum erwartet man dieser Tage die Reichsverfassung sammt Wahlgesetz mit einer anerkenntenden Einleitung im Regierungsblatt zu finden.

Während die hiesige demokratische Partei theils sich bereitwillig den Frankfurter Beschlüssen unterworfen hat, theils — die Nothen — ihre Abneigung vor jedem Stillstand in dem Werke der unaufhörlichen Revolution wenigstens vor der Hand nicht laut werden läßt, macht sich die Widersegligkeit gegen die Reichsversammlung in der alten Reichsstadt Heilbronn, wo übrigens die einschüchternde Bestandtheile der Bürgerschaft sich nun zusammengeschaart haben, auf den Gassen breit durch Hagenmusik gegen Reichstags-Abgeordnete, welche für den Erbkaifer stimmten. Eine ähnliche Erscheinung kam in Tübingen vor, wo in das Haus des Dekans, der in seinen Predigten auf Zucht und Ordnung dringt, ein Kerk mit einem Strick einbrang und Drohworte gegen den abwesenden Geistlichen ausstieß.

Auch eines oder das andere Organ der katholischen Partei in Oberschwaben dringt ernstlich auf thätlichen Widerstand gegen die Beschlüsse der Reichsversammlung. Daß dabei neben stammlicher, auf historischen Gründen beruhender Zuneigung zu Oesterreich und Abneigung gegen Preußen auch konfessionelle Triebfedern obwalten und ausgebeutet werden, liegt so vor Aller Augen, daß ich es gegen einen Gegner, der im heutigen Blatte der Karlsrüher Zeitung

so jener
te, und
gigen 11
errichtet
senaten
die zwei
Sieg in
y den fo
ung der
er Bäd-
nötige
00 See-
zwischen
hanns,
Buhl,
ommen,
tionen
ung des
antragt
ministe-
ammer-
erungen
Berle-
enannte
Bortrag
Ueber-
orschlag
hier u.
Bezirke-
gen der
och we-
gskom-
ntner,
Antrag
er ver-
en aber
loffen.
hier die
Stände
dreißig
wollen;
wählen
weiter
re Lude
elche es
in Aus-
um eine
Biertel
erklärt
Kosten
Mittel ist
wählern
her auf
und auf
ti feiner
mäßigen
mmlung,
gen po-
uß ein-
und ver-
gefes als
n.
Deutsch-
eben füb-
ertrauen,
merken-
stellig-
gestern
erwar-
hlgeseh
ollast zu
sch be-
en hat,
illstand
ngstens
Widers-
Reichs-
ndtheile
auf den
geord-
che Er-
des De-
bringh-
egen
Partei
erstand
s dabei
ühender
Breusen
beendet
en einen
Zeitungs

wider mich auftrat, gar nicht zu beweisen brauche. Uebrigens stehen auf Verlangen Beweismittel zur Verfügung.

Ulm, 15. April. (Ulm. Chr.) Gestern rückten hier die Rekruten ein. Die Reutlinger hatten die Absicht, ihrem Abg. Schnizer Ehre zu machen und mit einer rothen Fahne, auf welcher der große Heder aufgemalt war, einzuziehen. In dem nahegelegenen Dorfe Arnegg aber, wo die jungen Helden zum letzten Male übernachteten, und wo sie im Wirthshause die rothe Fahne aushängten, fand der dortige Schultheiß und die Bürgerchaft so wenig Gefallen daran, daß sie der lobenden Mannschafft bedeuteten, sich ruhig zu verhalten und die Fahne einzuziehen, indem sie sonst anders zurechtgewiesen werden würden. Die Rekruten glaubten, die Sache sey nicht so ernstlich, und zögerten. Die Bauern aber machten Miene, nachdrücklicher zu demonstrieren; dieser Ernst gewann die Oberhand, und die junge Mannschafft schämte sich ihres Schnizers. In der Garnisonsstadt sah man die Fahne nicht weiter.

Das Gerücht von dem Abmarsch einer Kompagnie der k. k. österreichischen Artilleriebesatzung entbehrt allen Grundes. In den nächsten Tagen verlassen uns abermals 22 hier beförderte Korporale, um bei den neu errichteten Artillerieregimentern eingetheilt zu werden. Anfangs glaubte man an eine vorläufige Zurückziehung der ganzen Artilleriebesatzung.

Frankfurt, 14. April. (Köln. Z.) Gestern fand die Schlußsitzung der Generalversammlung des „allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit“ statt. Man hat auf dem Kongresse die Bildung eines engeren, permanenten, und eines weiteren, auf Berufung des Präsidenten zusammenzutretenden Ausschusses beschlossen, bei dessen Wahl möglichst auf die verschiedenen Provinzen und die einzelnen Gewerbszweige Rücksicht genommen werden soll; ferner die Gründung eines eigenen Vereinsorganes, zu welchem das „Lögische „Zollvereins-Blatt““ aussersehen werden, das zu diesem Zwecke akquirirt werden wird.

Matz, 16. April. (M. Z.) So eben ist, wie uns aus guter Quelle mitgetheilt wird, an die Kommandantur der hiesigen österreichischen Garnison der Befehl eingelaufen, von jeder der hier liegenden Artilleriekompagnien die 80 besterzirkten Leute direkt nach Ungarn abgehen zu lassen. Es liegen hier drei Kompagnien, jede zu 150 Mann.

Köln, 16. April. (Köln. Z.) Gestern Nachmittag trafen 1000 Mann sächsischer, nach Schleswig-Holstein bestimmter Truppen, Artillerie und Infanterie, von Ems kommend hier ein. Die Meisten hatten schon im vorigen Jahre den Zug gegen die Dänen mitgemacht. Heute werden noch 1000 Mann erwartet, und eben so viel morgen. Die Truppen waren von dem besten Geiste besetzt. In nächster Woche soll auch der Herzog nach dem Kriegeshauplatz abgehen.

Aus dem nördlichen Schleswig, 10. April. (Nord. fr. Pr.) Es befehdt die Aussicht, daß in Jütland eingedrungen werden soll. Die verordnete Ausschiffung von Schiffszwieback wird von dem Heere für ein gutes Zeichen genommen. Auch sind bereits mehrere Batterien aus dem Süden angelangt. Die nächste Kriegsoperation dürfte dann die Einnahme der Festung Fredericia seyn, die besonders auch als Ein- und Ausschiffungspfad der dänischen Truppen in Betracht kommt.

Die dänischen Offiziere haben sich während ihres kürzeren Aufenthalts in Hadersleben mit ungewohnter Leutseligkeit benommen, und im Gespräch über unsere Kampffache vermieden sie alles Rohe, Absprechende; ja es ließen sich einige dahin vernehmen, daß sie als Schleswig-Holsteiner eben so handeln würden als wir. Die Soldaten verriethen durchweg eine gedrückte Stimmung. Das gewohnte Schimpfen auf die Deutschen und die Schleswig-Holsteiner war ihnen im Halse stecken geblieben. Die Tränkmedien trugen Holzschuhe; auch sah man dies dänische Nationalaufzuge zuweilen auf den Tornisern angehängt. Durch das ungewohnte Tragen des Lederschuheges sollen sich Viele mit wunden Füßen schleppen.

Alle Nachrichten über die Stimmung in Jütland lassen hoffen, daß bei erfolgter Okkupation durch unsere Truppen das Kopenhagener Kabinett einen sehr ungestümmen Friedensmahner an diesen beständigen Opfern dänischer Eroberungsgelüste haben werde.

Berlin, 14. April. Auf der heutigen Tagesordnung der Zweiten Kammer standen unter andern nicht weniger als sechs dringliche Anträge. Darunter ein Antrag von Müder und Genossen, der die Amnestiefrage wieder anregt, ein Antrag von Schulze (Delitsch) auf Niederlegung einer Sachkommission für die Arbeiterverhältnisse, ein Antrag desselben Mitglieds auf Einführung der deutschen Grundrechte, endlich ein Antrag von Knauth, die Präsidentenwahl alle Monate zu erneuern, anstatt nach der neuen Geschäftsordnung für die ganze noch übrige Dauer des Landtags zu wählen. Die Dringlichkeit ward sämtlichen Anträgen zugesprochen, d. h. sie werden zur schnellsten Begutachtung eigenen Kommissionen überwiesen.

Dann wurde die Diskussion über die einzelnen Paragraphen des Plakatgesetzes eröffnet. Die Linke kämpfte für die Plakatsfreiheit, wie die Kasse für ihr Junges. Hr. v. Kirchmann sah in derselben eine Hauptgarantie der vernünftigen Ausübung des allgemeinen Wahlrechts und der Bildung der arbeitenden Klassen. Eben so fand er in dem Mangel der Plakatsfreiheit den Hauptgrund des fortwährenden Revolutionsfiebers der Franzosen. Wir rathen Hr. v. Kirchmann, der französischen Regierung diese Entdeckung nicht vorzuenthalten. Auch Dr. Rupp und Hr. Behrend wandten ihren Wis auf, um den Segen der Plakate anschaulich zu machen. Es gehört in der That ein guter Magen dazu, um z. B. jene mit Galgen illustrierten Blätter des vorigen Jahres für ein Mittel der Beruhigung zu halten. Wir haben am 21. Oktober Hr. Behrend durch das Schlüsselloch reden sehen, während die rothe Fahne über der Thür wehte; innerlich dürfte er anderer Meinung seyn. Dr. Rupp sah

wahrscheinlich die unsittlichen Plakate an der Lindenecke nicht, die selbst ein Prediger der freien Kirche nicht zu den Errungenschaften zählen darf.

Ueber den §. 1 wurde namentlich abgestimmt: es ergaben sich 148 Stimmen dafür, 162 dagegen. Die Regierungsvorlage ist somit in diesem Theile verworfen. Ueber den ersten Satz des §. 2, welcher das Verkaufen und Vertheilen von Druckschriften an öffentlichen Orten von einer Konzeption abhängig macht, wurde abermals Namensaufruf durchgeführt: 157 gegen 154 Stimmen nahmen den Paragraphen an. Der letzte §. 3 handelt von den Strafbestimmungen gegen Ueberschreitungen des §. 2.

Wien, 14. April. Unsere Nachrichten aus Ungarn sind Hiobsposten. Noch gestern Abend verbreitete sich die Kunde, daß die Insurgenten den linken Flügel der kaiserlichen Armee umgangen, Waigen erstürmt, und sich den Weg nach Komorn eröffnet haben. Generalmajor Göz, ein Veteran von nahezu 70 Jahren, blieb auf dem Plage; die Kugel, welche ihn niederstreckte, kam aus einem Hause in Waigen. Eine Straße unterhalb Pesth, bei Penetele, soll der Insurgentenführer Better über die Donau gegangen seyn. In Pesth selbst war man am 12. in Besorgniß, die Stadt möchte den Magyaren in die Hände fallen, was ohne Zweifel eine Bombardirung von Ofen aus zur Folge haben würde. In der Umgebung von Pesth, auf dem Rakosfelde, wurde hartnäckig gekämpft, und man sah einen nahen Entschcheidung entgegen. Der Banus befindet sich in St. Andrä (magyarisch: Szent Endres) und Bogdan auf dem rechten Ufer der Donau. Bei Gödöllö sollen unsere Truppen 3000 Mann verloren haben; eben so hoch belief sich der Verlust des Feindes. Feldzeugmeister Welben geht heute zur Armee nach Ungarn ab. Auch Feldmarschall-Leutnant Hef wird in Ungarn erwartet.

Die Minister sind gestern von Dlmütz zurückgekehrt. Graf Stadion, dessen Gesundheit sehr angegriffen ist, zieht sich auf acht Tage nach dem benachbarten Baden zurück, um sich zu erholen; während seiner Abwesenheit wird Bach das Ministerium des Innern und Dienfeld das des Unterrichts versehen. Der Vizepräsident des Rechnungsdirektoriums, Pipis, ist auf Stadion's Antrag zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ernannt.

Im Rathssaale des Kriegsministeriums war vorgestern der kostbare Ehrensäbel, den die Wiener Nationalgarde für Kadesy bestimmte, zur Besichtigung ausgestellt. Das Weihgeschenk, ein Meisterstück in Form und Arbeit, ist inzwischen an den Ort seiner Bestimmung abgegangen.

Bei Venedig werden die Erdarbeiten vor Malghera auf das eifrigste betrieben. Der engeren Einschließung von der Landseite reiht sich die Blokade des Hafens an, sobald die sardinischen Schiffe absegelt sind. Manin soll in der Bedrängniß ein neues Zwangsanziehen von 12 Millionen Lire auf die ersten Handelshäuser Venedigs ausgeschrieben haben.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 10. April. (Allg. Z.) In der Stellung unserer Armee hat sich nichts Wesentliches verändert. Auch der Dienstag verging in ziemlicher Ruhe; nur gab es ein kleines Scharmügel zwischen den Vorposten, wobei die Husaren den Kürzern zogen und ihrer einige gefangen wurden. Nachmittags wogten wieder Tausende von Neugierigen nach dem österröichischen Lager; auch der Blodsberg ward von vielen Schaustütern besucht. Die Masse schwoll jedoch nicht bedeutend an, da der Himmel keine Schläuche öffnete, und die Promenade durch einen tüchtigen Regenguß säuberte. Auch heute regnet es fein, aber unaufhörlich, was wohl auch für die militärischen Operationen von lähmendem Einfluß seyn wird.

Interessant sind die Einzelheiten, welche man jetzt über die sechstägigen Kämpfe vernimmt. Das Handgemenge war oft mörderisch. Allein bei dem Kapuzinerloster Bednyl, das auf einer steilen Anhöhe bei Gödöllö liegt, sollen die Ungarn gegen 2000 Mann verloren haben, und kamen dennoch erst in den Besitz desselben, als man den Rückmarsch antrat, um sie in die Ebene zu locken. In jenen bergigen Defileen war kein geeigneter Boden für Kavallerie und Artillerie, zumal die Gegend daselbst mit mehr als drei Schuh tiefem Sand bedeckt ist. Es wurde Alles mit dem Bajonett abgemacht, und die Muskete oft erst mit der Mündung auf der Brust des Gegners abgedrückt. Die Honveds schlugen sich mit großer, aushaltender Tapferkeit.

Pesth, 11. April. (Allg. Z.) Gestern Vormittag gab es eine kleine Kanonade, und darauf ein mörderisches Vorpostengefecht, wobei die Husaren eine tüchtige Schlappe erlitten. Das tapferere italienische Chevaulegers-Regiment Krefz (früher Rottiz) hieb so wacker ein, daß die Dollmanns bis nach Gödöllö zurückgeworfen wurden. Leider haben die braven Italiener bei diesem Gefechte zwei Offiziere verloren.

Unsere Truppen kantonniren nunmehr, da man die hölzernen Markthütten nach dem Lagerplatze transportirte und so dem Heer ein Obdach aufschlug. Man will gewiß wissen, daß General Hammerstein an der Spitze seiner Heersäule bereits in Kaschau eingetroffen sey.

Pesth, 11. April. (Österröische Post.) So eben verbreitet sich das Gerücht, daß Waigen von den k. k. Truppen wieder genommen worden sey.

Frankreich.

Paris, 16. April. Die Expedition nach Civitavecchia kommt nun wirklich zur Ausführung; Einige wollen sogar behaupten, daß sie bereits abgegangen sey. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung theilte Dilon Barrot die Absichten der Regierung in folgendem Vortrage mit: „Als die Regierung Sie von den Ereignissen in Italien in Kenntniß setzte, hat die Nationalversammlung die Möglichkeit und Nothwendigkeit der militärischen Besetzung irgend eines Punktes in Italien vorausgesehen, um nicht den fremden Mächten allein die Initiative einer Intervention zu

lassen. Die Lage der Dinge auf der italienischen Halbinsel wird mit jedem Tage bedeutsamer und gewichtiger: die österreichische Regierung verfolgt die Konsequenzen des von ihren Waffen errungenen Sieges. Der Gegenstoß dieser Ereignisse ist besonders im mittleren und südlichen Italien fühlbar. In Rom ist eine Krisis im Ausbruch begriffen. Frankreich kann diesen Ereignissen nicht unthätig zusehen. Der Schutz, den wir unsern Landsleuten schuldig sind, die Pflicht, den uns gebührenden Einfluß in Italien aufrecht zu erhalten, der Wunsch, für das römische Volk eine auf freisinnige Institutionen gegründete Regierung zu erlangen, — Alles macht es uns zur Pflicht, von der Ermächtigung, welche uns die Nationalversammlung gegeben hat, Gebrauch zu machen. In nähere Einzelheiten einzugehen, erlauben uns die Umstände nicht; übrigens hängt ja auch so viel oft von unvorhergesehenen Ereignissen ab; ich will hier nur so viel sagen, daß unsere Intervention im Interesse unseres Einflusses und zu Gunsten der wahren Freiheit stattfinden wird. Die Regierung verlangt kein neues Mandat von der Versammlung; dasjenige, was ihr dieselbe vor einigen Tagen gegeben, genügt ihr, und sie ist durchaus nicht gefonnen, ihre eigene Verantwortlichkeit hinter die der Nationalversammlung zu verstecken; die Verantwortlichkeit der Regierung würde nur dann aufhören, wenn die Verweigerung des von ihr verlangten Credits sie in die Nothwendigkeit versetzte, bei den sich vorbereitenden Ereignissen in Italien unthätig zu bleiben.“ Der Minister verliest darauf einen Gesetzentwurf, welcher die Eröffnung eines außerordentlichen Credits von 1,200,000 Franken zur Deckung der Kosten einer Expedition in den Kirchenstaat verlangt. Zugleich nimmt er die Dringlichkeitserklärung in Anspruch, und fügt zur Begründung dieses Antrags bei, daß es für den Erfolg eines solchen Unternehmens unerläßlich sey, die Ausführung spätestens gleichzeitig mit der Beratung stattfinden zu lassen. Die Versammlung möge sich also unmittelbar in die Ausschufzimmer zur Wahl einer Kommission über diesen Antrag zurückziehen, damit die öffentliche Beratung noch heute stattfinden könne. Die Versammlung, welche diesen Vortrag in tiefer Stille angehört hatte, entscheidet sich für die Dringlichkeit und zieht sich sogleich in die Abtheilungen zurück.

Auf einem der Duat's von Paris wird binnen kurzem eine seltsame Ausstellung eröffnet: es sollen sämtliche im verfloffenen Winter bei der Kanalisation des Seine-Arms unter der Brücke St. Michel gefundene Gegenstände, die der Fluß seit 1800 Jahren her verschlungen hatte, zum Verkauf ausgesetzt werden. Es befinden sich darunter goldene, silberne, und kupferne Münzen bis zu den Römerzeiten hinauf, Degen, Sporen, Gefäße, verrostete Schlösser, Schnallen, Ringe, Armbänder, Statuetten, und tausenderlei Siebensachen.

Das Lager von St. Maur in der Nähe von Paris wird 22,000 bis 25,000 Mann enthalten. Man ist eifrig mit dem Aufschlagen der Baracken beschäftigt.

Bermischte Nachrichten.

— In der Zweiten Kammer des Königreichs Sachsen hat sich bekanntlich ein demokratischer Abgeordneter ein unvergängliches Denkmal gesetzt, indem er die klassischen Worte aussprach: „Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber ich verdamme sie.“ Nun kommt ein anderes Mitglied derselben Versammlung, und beweist glattweg, daß die wahre Freiheit im Zwang bestehe. Dr. Köchy nämlich stellte in der Sitzung vom 13. den unterthänigen, von allen Journalen bewunderten Satz auf: Da die protestantische Kirche Sachsens gar nicht den Willen zeige, frei zu seyn, so müsse man sie „zwingen, frei zu werden.“ Frei, aber zwangsmäßig; — dreieckig, aber rund!

— In Frankfurt kurfert eine Parodie auf Arndt's früheres Vaterlandslied, in welcher sich unter andern folgende Strophen finden:

Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist's wohl das schöne Alpenland?
Ist's Elsaß, das vor langer Zeit
Uns stahl des Franzmanns Trug und List?
O nein! o nein! o nein!
Das Land muß hübsch genüßsam seyn!
Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist's Belgien? Ist's das Niederland?
Sind die Ostsee-Provinzen gar
Zu uns gekehrt, befreit vom Jaar?
O nein! o nein! o nein!
So groß darf Deutschland doch nicht seyn!
Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist's nicht das ganze große Land,
Dran, nicht von ihrem Bahn beengt,
Das Herz des echten Deutschen hängt?
O nein! o nein! o nein!
Wer läßt auf Phantasien sich ein?
Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist denn zerprengt das alte Band?
Gewiß doch ist's noch Oesterreich,
„An Siegen und an Ehren reich“?
O nein! o nein! o nein!
Das deutsche Land muß kleiner seyn!
Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist's Sachsenland? Ist's Beyerland?
Schmolz denn der Riese ganz zum Zwerg?
Ist's wohl Hannover? Würtemberg?
Mag seyn! mag seyn! mag seyn!
Wenn bei sie treten dem Verein!
So ist des Deutschen Vaterland
Ein Fegeln nur vom deutschen Land?
So hat umsonst Ernst Moriz Arndt
Vor schöner Spaltung uns gewarnt?
O nein! o nein! o nein!
Ernst Moriz sieh's nun selber ein!

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giesne.

Todesanzeige.
B.523. Grödingen. Nach Gottes unerforschlichem Rathe wurde heute Mittag um 11 Uhr unser geliebter Vater, Bruder, und Schwiegerohn, der hiesige Bürgermeister Christoph Krieger, nach mehrwöchentlichem Krankenlager, in einem Alter von 42 Jahren, in jenes bessere Leben abgerufen, wohin ihm vor kaum 3 Monaten seine Gattin, unsere unvergessliche Mutter und Tochter, vorangegangen; vier nun vater- und mutterlose Waisen weinen an der Bahre des Frühgeschiedenen.
Unter Mittheilung dieser Trauerkunde an die ferneren Freunde und Bekannten des Entschlafenen bitten um stille Theilnahme,
Grödingen, den 17. April 1849,
Die Hinterbliebenen.

B.516.
Nachruf an **Pauline** bei ihrer Abreise im März von Karlsruhe.
Nur wenig Wochen sind's seit, Holde, Du verlassst
Die sand'gen Steppen der Landarabia,
Und schon singt man allhier auf allen Gassen
Dir Deine Sieges-, Krieges-, Liebesliedern nach.
Die Einen, denen Du als holde Braut erschienen
Die glücklich man durch Eines Liebe glaubt,
Sie waren ganz entzückt von Deinen Engelsmienen
Und priesen Den, der Dir Dein Herz geraubt.
Die Andern wieder seh'n in Deinem ganzen Wesen:
Coquette gepaart mit Deutscherlei;
Und konnten Nichts in Deiner Seele lesen,
Als unbegränzte Sucht nach Liebelci.
So tritt man sich, und wär' zu keinem Ziel gekommen,
Wenn die Partei'n sich endlich nicht geeint;
Wenn man zu einer Bette Zuflucht nicht genommen,
Zu einer Welt, — die ganz gerecht gemeint.
Die Streitenden, die von der Reinheit Deiner Seele
Nicht eben Vortheilhaftes ausgesagt,
Sie sollten dann nur dasteh'n ohne Fehle,
Wenn sie nicht falsch Dich, Holde, angeklagt.
Die Kläger folgten Dir deshalb auf allen Wegen,
Und Die, die vorher sie stets ausgelacht,
Sie wurden durch Paulinens Liebessegnen
Gar bald, und wohl für immer, stumm gemacht.
Nur wenige Tage waren erst dahin gegangen
Und Nacht war's wieder auf dem Erdenrund,
Da trieben Sehnsucht Dich und heiß Verlangen
Din aus in's Freie, — um die zehnte Stund'.
Die Lust, sie war so mild und der am Arm
Dich führte,
Nicht war's Dein Bräutigam; — doch er war
So schön!
Recht tapfer muß' er sein, denn ihn verzierte
Ein Sabul, — der beim Bräutigam nicht zu seh'n.
Was frei vollbracht alda in mitternächt'ger Stunde
Es bleib' mit heil'gem Dunst übersponnen;
Nur Das gelange noch zu Deiner Kunde,
Dass wir, „die Andern“, uns're Bett gewonnen!
F. W. Hellner.

B.515. Bei **S. Braun** in Karlsruhe ist zu haben:
Plane zu dem Exercirreglement für die Infanterie, versehen mit den nöthigen Kommandos. 18 Hefte: **Soldaten- und Zugunterricht**, Preis 24 fr.; 28 Hefte: **Kompagnie- u. Bataillonsunterricht**, Preis 36 fr.

B.519. Bei Kirchheim und Spott in Mainz ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs, und der Schweiz zu haben, in Karlsruhe in der **S. Braun'schen Hofbuchhandlung**.
Die großen sozialen Fragen der Gegenwart.
Sechs Predigten, gehalten im hohen Dom zu Mainz von
Wilhelm von Ketteler,
Pfarrer in Hopfen, d. Z. Mitglied des deutschen Reichstages.
Mit Approbation des hochw. bischöflichen Ordinariats.
gr. 8. Preis 24 fr.
Die großen sozialen Fragen der Gegenwart, welche der hochgeehrte Pastor von Ketteler in sechs Predigten im hohen Dom zu Mainz von dem einzig richtigen Standpunkte des Christenthums aus beantwortete, verdienen gewiss die höchste Beachtung jedes Denkenden, da von diesen Fragen ja unsere nächste Zukunft unbedingt abhängt. Der gewaltige Eindruck, welchen diese Predigten bei den zahlreichen Zuhörern hervorriefen, wie nicht minder schon der Name des hochwürdigen Predigers, bürgen dafür, dass dieselben in den weitesten Kreisen des Vaterlandes den wohlverdienten Anklang finden werden. Möchten die begeisterten Worte des Redners in den Herzen aller Christen Eingang finden, so würde das Glück unseres Vaterlandes auf einmal und für immer gegründet sein!

B.526. Karlsruhe.
Bereite für ernste Chormusik.
Heute Abend halb 7 Uhr ist die erste Hauptprobe für die zweite Aufführung.

B.483. [3]. Karlsruhe.
Aufruf zum Beitritt.

Die freie Presse soll die Wahrheit, das Recht, die geistige Macht des Fortschritts im Volke pflegen, nähren, und beschützen. Aber diese ihre heilige Mission wird vereitelt, wenn wir es noch lange mit Stillschweigen ansehen, wie sie — die freie Presse — zu neuer, schmachvoller Knechtung und bitterster Täuschung der sich arglos hingebenden misbraucht wird, und als vergiftete Verführerin im Volke wüthet; — wie jeder Bube, jeder verkommenen Bagabund es ungeschert wagen darf, durch sie Tag für Tag die Grundlagen aller gesellschaftlichen Ordnung, Religion, Sitte, und Gesetz anzufeuern; wie die Schmutzblätter, die selbst in die Hütte des Aermsten dringen, sich einen schandwürdigen Erwerb daraus machen: alles Edle, Hohe, und Heilige in den Staub herabzuziehen, die Ehre der bessern, bewährtesten Bürger durch grundlose Verdächtigungen und gewissenlose Lügen zu bestechen, den Samen der Zwietracht durch Erweckung von Hass und Neid zwischen den verschiedenen Ständen auszusäen, den Rechtsinn des Volkes durch gleichzeitige Sophistereien zu verwirren, und ihn an Misgung der Gesetze, an Krawalle und Aufruhr zu gewöhnen; — wie sie die Beschloßenen gegen die Beschloßenen durch trügerische Hoffnungen und Vorpiegelungen aufbeizen; die grimmigen, raub- und zerstörungsfüchtigen Leidenschaften und Begehrlichkeiten der rohen, ungebildeten, und urtheilsunfähigen Menge fort und fort aufschauelt, alle arbeitsscheuen und verkommenen Subjekte, Tagelöhne und Lungenstiche zu vereinigen und aufzuwecken; wie sie die Behörden auf jeden Schritt und Tritt in der Ausübung ihrer Pflicht und der Handhabung der Gesetze durch maßlose Anfeindungen und ungerechte Beschuldigungen hemmend entgegen zu treten, und den Arm der Gerechtigkeit durch Androhung von Gewalt und Empörung zu lähmen suchen.
Es haben sich daher Männer aus verschiedenen Ständen und Gegenden des Landes vereinigt und es sich zur Aufgabe gemacht, mit aller Kraft und Entschiedenheit diesem verderblichen Treiben entgegen zu arbeiten, und zwar durch Gründung eines Organs unter dem Titel:

„Die Biene.“

Die giftigen Pfeile der Schmutzpresse sollen und nicht verunnden; im Gegentheil sollen sie uns dienen, die Schlechten zu entlarven, welche es versuchen, den urtheilsunfähigen Theil des Volkes und den braven, biedern Landmann zu betrügen.
Das zu erscheinende Blatt wird in einer ganz populären Sprache, für Jedermann verständlich, geschrieben sein, und außer belehrenden Aufsätzen wird es eine Revue der Schandpresse, Charakterbildungen sogenannter Volksfreunde, so wie auch die neuesten Tagesereignisse in Kürze mittheilen, überhaupt eine ächt gründliche, mit Satyre und Humor gewürzte Sprache führen.
Die Biene wird vom 1. Mai d. J. an mit Ausnahme des Montags täglich erscheinen, und das Abonnement beträgt ohne Postaufschlag **halbjährlich 48 Kreuzer.**
Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen, und für Karlsruhe in der Hauptexpedition, Innerer Zirkel Nr. 8. Die Aufträge müssen baldigt gemacht werden, da bei Verspätung die bereits erschienenen Nummern nicht nachgeliefert werden.

Die Redaktion der Biene.

B.518. Karlsruhe.
In der Strohhutniederlage,
122, Langestraße und Waldstraßen-Ecke,
werden wieder Strohhüte zum Bleichen und Waschen angenommen, auch mit der größten Sorgfalt vorber nach der neuen Form geädert, wofür keine Vergütung gerechnet wird, auch wenn man es wünscht, mit guten Bändern garnirt, zu sehr billigen Preisen.
Ferner wird jeder Bedarf in Gros de Naples, Sammet u. s. w. geschnitten, auch sind die übrigen Fournituren zu haben.
Hüte- und Hauben-Bouquetts sind heute angekommen im zweiten Stock in den 3 Kronen.

B.234. [9].
Die Hoffnung,
konzessionirte deutsche Bureau für Auswanderung nach Amerika.
Um die von allen Seiten so zahlreich stattfindenden Anmeldungen nicht ferner abweisen zu müssen, biete ich jetzt Gelegenheiten, die sich je nach acht Tagen wiederholen.
Die nächsten Abfahrten sind in London:
am 26. April, 3., 10., 17., 24. und 31. Mai,
in Mannheim je 4 bis 5 Tage vorher.
Die Preise sind aufs Billigste gestellt und beliebe man sich zum Abschlus von Ueberfahrts-Verträgen baldigt an mich, meine General-Agenten oder Agenten zu wenden.
Mannheim im April 1849.
J. M. Vielesfeld.
Zum Abschlus von Ueberfahrts-Verträgen empfiehlt sich
A. Vielesfeld,
Buchhändler in Karlsruhe.

B.514. Grödingen.
Edle Menschenfreunde!
Ein eben so schweres als unverschuldetes Unglück heft Cure Theilnahme und Unterstützung an. Die jung Christian Wagner'sche Eheleute von Grödingen, arm, aber ehrlich und redlich, fanden bisher durch Fleiß und Sparsamkeit die hinreichenden Mittel zum Unterhalt für sich und fünf unerozogene Kinder, die nun aber mit ihnen der schwersten Noth entgegenstehen. Ein schrecklicher Sturz mit einem schwerbeladenen Steinwagen, den scheinbar eine Pferde einen jähen Bergabhang hinabstießen, zerbrach dem unglücklichen Familienvater mehrmals den linken Arm, so wie die linke Brustwand, und brachte ihn an den Rand des Grabes. Nach schwerem Leiden kam dem Tod entgegen, versuchte der wiederhergestellte Familienvater in früher gewohnter Thätigkeit den Unterhalt seiner Familie wieder zu erwirken, da wirt eine erneuerte Krankheit, wahrscheinlich eine Folge seiner frühern schweren Verletzungen, ihn abermals auf ein schmerzliches, langwieriges Krankenlager, von dem er nur schwer und nothdürftig allmählig sich erholt, so daß er noch fortwährend ärztlicher Behandlung bedarf, wenn er den Seinen soll erhalten werden. Unterdessen ist das geringe Einkommen dieser schwer heimgefügten Familie so weit überschuldet worden, daß dessen Erhaltung nur durch die Theilnahme mitleidiger Brüder möglich ist. Wer daher Hilfe bringen will in großer Noth, und zwar solchen, die derselben eben so bedürftig als würdig sind, möge es an diesen frommen, fleißigen, und redlichen Armen, und zwar bald, thun.
Die Expedition dieses Blattes, so wie das unterzeichnete Pfarramt, bieten sich zur Empfangnahme milder Gaben für diese Unglücklichen an; letzteres wird für zweckmäßige Verwendung derselben Sorge tragen und seiner Zeit in diesen Blättern Rechenschaft darüber ablegen.
Grödingen, den 14. April 1849.
Das evang. prot. Pfarramt.
C. Wallraff, Pfarrer.

B.524. [3]. Disteihausen an der Lauber.
Landgüter zu verkaufen.
Der Unterzeichnete ist beauftragt, mehrere im Gau, im Waldaue, und im Taubertale gelegene Landgüter, versehen mit Wirtshäusern, Bierbrauereien, und zu Landhufen sich eignenden Gebäulichkeiten, billig zu verkaufen. Weitere Auskunft ertheilt gegen portofreie Briefe.
Disteihausen a. d. L., im April 1849,
A. Neckermann,
Schiedsrichtermeister.

B.496. [2]. Mannheim.
Hausversteigerung.
Montag, den 30. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, wird das dem hiesigen Bürger und Handelmann **F. A. Nowotny** gehörige Haus, Lit. F. 1. Nr. 1, auf dem Rathhause einer öffentlichen zwangsweisen Versteigerung ausgesetzt und endgiltig zugeschlagen, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird.
Mannheim, den 24. März 1849.
Bürgermeisteramt.
3 o 119.
vdt Pfeiffer.

B.510 [3]. Nr. 2681. Bruchsal.
Fahrris-Versteigerung.
Montag, den 23. d. M. und die folgenden Tage, jedesmal Nachmittags 2 Uhr anfangend, werden im Gasthause zur Rose dahier nachgenannte Fahrnisse gegen baare Zahlung öffentlich versteigert, und zwar:
Ein wohl assortirtes Naturalienkabinett im Anschlage von 400 fl., eine Bibliothek, bestehend aus pharmazeutischen, medizinischen, naturhistorischen und belletristischen Werken; Pretiosen, Gold und Silber, Gewehre und Waffen, Gemälde und Zeichnungen; Porzellan, Glaswaaren, Uhren, Bettweil, Leinwand und Getüch; Schreinwerk, Spiegel, Kupfer, Messing, Zinn, Eisen und Blechgeschirre, allgemeiner Hausrath; ferner: ohngefähr 20 Fuder Häfser in Eisen gebunden; 5 Bütteln, Zucker und Herbstgeschirre; sodann ohngefähr 12 Fuder 1848r Wein;
wobei bemerkt wird, dass namentlich am ersten Tage das Naturalienkabinett, und am Mittwoch, den 26. d. M. die Biene der Auction ausgesetzt werden.
Bruchsal, den 17. April 1849.
Groß. bad. Antirevisorat.
Schnabel.

B.501. [3]. Karlsruhe. (Früchte- und Kartoffelversteigerung.) Nächsten Montag,
Friedrich Münching.

den 23. d. M., Nachmittags 2 Uhr, werden auf der groß. Domäne Scheibenhart 70 Malter Korn, 35 Welschkorn, und 800 Sester gute Segartoffeln öffentlich versteigert werden, wozu wir die Liebhaber einladen.
Groß. Gutsverwaltung.

B.502. [3]. Karlsruhe. (Kuhversteigerung.) Nächsten Montag, den 23. d. M., Nachmittags 3 Uhr, wird auf der groß. Domäne Stutensee 2 fette Kühe öffentlich versteigert werden, wozu wir die Liebhaber einladen.
Groß. Gutsverwaltung.

B.504. Rastatt.
Bekanntmachung.
Um allen Anfragen und Offerten für die Pflanzung zu begeben, wird andurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass vorerf. feinerlei Geräthschaften, als Bettstellen, Tische, Stühle, Bänke, Bettweil, und dergleichen für die hiesige Kriegsbesatzung mehr zur Anschaffung kommen.
Sollten späterhin derartige Lieferungen wieder angeordnet werden, so wird man die größern Aufschreibungen zur Vergütung öffentlich ausschreiben, wo sich alsdann die Liebhaber dabei betheiligen können.
Rastatt, den 16. April 1849.
Das
Königs-Gouvernement.
v. Lehmann, Generalmajor.

B.522. [3]. Nr. 6615. Mosbach. (Bekanntmachung.) Die Wittwe des zu Derschefflenz verstorbenen Posthalters Gg. Adam Seydich, Karoline Wibelmine, geborne Kellner, nunmehr geschiedene Krämer, hat um gerichtliche Einweisung in den Nachlaß ihres ersten Ehemannes gebeten. Erwähnte Einwendungen gegen dieses Gesuch sind binnen 6 Wochen dahier geltend zu machen, widrigenfalls dem Gesuche stattgegeben werden wird.
Mosbach, den 10. April 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Polz.
vdt. Künzler.

B.508. Nr. 5730. Ueberlingen. (Bekanntmachung.) Da in Beziehung auf die hiesige Anforderung vom 24. Februar d. J., Nr. 3211, keine Ansprüche auf die über eine Kapitalschuld von 100 fl. der verlebten Joh. Bapt. Schmid's Eheleute von hier an die verlebte Anna Maria Büchel in vdt. Deifendorf, d. d. 4. März 1824, Nr. 763, ausgerichtete Pfandurkunde geltend gemacht wurden, so wird diese Pfandurkunde für fruchtlos erklärt und der Eintrag des Eintrags dieser Kapitalschuld im Pfandbuch veräußert.
Ueberlingen, den 13. April 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
v. Haber.

B.509. [3]. Nr. 6389. Blumenfeld. (Schuldenliquidation.) Die Auswanderung des Fidei Commisurgen von Hülzingen betr.
Alt-Gemeindegeld Fidei Commisurgen von Hülzingen will mit seiner Familie nach Amerika auswandern.
Es wird daher zur Liquidation seiner allenfallsigen Schulden Tagfahrt auf
Montag, den 30. d. M., früh 8 Uhr,
in die hiesige Kanzlei angeordnet, wo die an ihn zu machenden Ansprüche anzumelden und richtig zu stellen sind, indem später zu keiner Zahlung mehr verholten werden kann.
Blumenfeld, den 14. April 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Dreyer.

B.525. [3]. Nr. 12,168. Emmendingen. (Gläubigeraufforderung.) Maurer Jeremias Stöckle von Emmendingen hat sich zur Auswanderung nach Nordamerika gemeldet.
Die Gläubiger derselben werden daher aufgefordert, ihre Ansprüche an solchen
Mittwoch, den 25. d. M., Vormittags,
auf die hiesige Kanzlei um 10 Uhr, zu stellen, als ihnen später zu ihrer Befriedigung nicht mehr verholten werden könnte.
Emmendingen, den 17. April 1849.
Groß. bad. Oberamt.
Fränzienger.
vdt. Eccard,
A. J.

B.512. [3]. Appenweier. (Gläubigeraufforderung.) Am 3. d. M. hat hier der Weinbändler und gewesene Landtagsabgeordneter Franz Michael Knapp mit Hinterlassung einer Wittve und einer gefeligen Erbin.
Die Erbin beantragt beauftragt die Erbinung eines sichern Vermögensstandes und einer Verabredung über die Behandlung der Verlassenschaftsmasse eine Liquidation der Passiva. Man fordert hiernach sämmtliche Gläubiger dieser Verlassenschaft auf, sich Samstag, den 28. April d. J., Nachmittags 1 Uhr, im Gasthause zur Krone (Post) dahier persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte einzufinden und ihre Ansprüche an die Masse geltend zu machen.
Appenweier, den 17. April 1849.
Der Distriktnotar.
Beyer.

B.499. Nr. 6688. Weinheim. (Praktische Bescheid.) In Sachen mehrerer Gläubiger gegen die Gantmasse des Philipp Bodl. von Weinheim, Forderung u. Vorzugsrecht betr.
Diejenigen Gläubiger, welche bei der heutigen Tagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, werden anmit von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.
Weinheim, den 11. April 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Hertlich.

B.507. [3]. Nr. 5648. Hornberg. (Entmündigung.) Die Christine Zudschwerdt von Peterzell wurde wegen Gemüthschwäche entmündigt, und Matias Braun von Buchenberg als Vormund derselben verpflichtet. Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht.
Hornberg, den 12. April 1849.
Groß. bad. Bezirksamt.
Kindemann.